Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/259

05. 04. 77

Sachgebiet 81

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 28. Juni 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden über Leistungen für Arbeitslose

A. Zielsetzung

Durch das Abkommen soll der Schutz deutscher Arbeitnehmer in Schweden und schwedischer Arbeitnehmer in Deutschland für den Fall der Arbeitslosigkeit verbessert werden.

B. Lösung

Das Abkommen sieht hauptsächlich vor:

— Deutsche und schwedische Staatsangehörige werden in jedem Staat in der Arbeitslosenversicherung und in der Arbeitslosenhilfe gleichbehandelt.

— Deutsche und schwedische Staatsangehörige, die arbeitslos in ihr Heimatland zurückkehren, erhalten die Leistungen der Arbeitslosenversicherung ihres Heimatlandes auch in Anbetracht der im anderen Vertragsstaat zurückgelegten Versicherungszeiten.

— Arbeitnehmer, die zu einer vorübergehenden Beschäftigung in den anderen Vertragsstaat entsandt werden, bleiben weiterhin in der Arbeitslosenversicherung ihres Heimatlandes.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 8 21, Goethestraße 56, 5300 Bonn-Bad Godesberg 1, Telefon (0 22 21) 36 35 51

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (43) — 804 01 — Ar 56/77

Bonn, den 4. April 1977

An den Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 28. Juni 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden über Leistungen für Arbeitslose mit Begründung.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Abkommens in deutscher und schwedischer Sprache und eine Denkschrift zum Abkommen sind beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 444. Sitzung am 1. April 1977 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Schmidt

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 28. Juni 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden über Leistungen für Arbeitslose

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 28. Juni 1976 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden über Leistungen für Arbeitslose wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Der Ehegatte eines Deutschen, der im Geltungsbereich dieses Gesetzes seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat, kann den Anspruch auf Arbeitslosengeld nach dem Arbeitsförderungsgesetz unter Anwendung des Artikels 7 Abs. 1 des Abkommens auch geltend machen, wenn die Voraussetzungen des Artikels 7 Abs. 2 des Abkommens nicht vorliegen.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 27 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit dem Abkommen auch das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Nach dieser Bestimmung kann der Ehegatte eines in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Deutschen, der nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, Arbeitslosengeld beanspruchen, ohne daß er vorher eine nach den deutschen Rechtsvorschriften beitragspflichtige Beschäftigung ausgeübt hat.

Zu Artikel 3

Das Abkommen soll auch im Land Berlin gelten; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 27 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden über Leistungen für Arbeitslose

Konvention mellan Förbundsrepubliken Tyskland och Konungariket Sverige om ersättning vid arbetslöshet

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich Schweden

IN DEM WUNSCHE, ihre Beziehungen im Bereich der Sozialen Sicherheit für den Fall der Arbeitslosigkeit zu regeln,

haben folgendes vereinbart:

Abschnitt I
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1
Begriffsbestimmungen

In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Hoheitsgebiet"
   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland den Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
   in bezug auf das Königreich Schweden dessen Staatsgebiet;
2. „Staatsangehöriger"
   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
   in bezug auf das Königreich Schweden eine Person schwedischer Staatsangehörigkeit;
3. „Rechtsvorschriften"
   die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstige allgemein rechtsetzende Akte, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der Sozialen Sicherheit beziehen;
4. „zuständige Behörde"
   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,
   in bezug auf das Königreich Schweden die Regierung oder die Behörde, die sie bestimmt;
5. „Träger"
   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland die Bundesanstalt für Arbeit,
   in bezug auf das Königreich Schweden
   — für die Arbeitslosenversicherung das Reichsamt für Arbeit und die anerkannten Arbeitslosenkassen,
   — für die Arbeitslosenhilfe das Reichsamt für Arbeit und dessen Regionalbehörden (Provinzialarbeitsämter);

Förbundsrepubliken Tyskland
och
Konungariket Sverige

VILKA ÖNSKAR reglera sina förbindelser i fråga om social trygghet vid arbetslöshet,

har överenskommit om följande:

Avdelning I
Allmänna bestämmelser

Artikel 1
Definitioner

I denna konvention förstås med uttrycken

1. "territorium"
   med avseende på Förbundsrepubliken Tyskland det område, inom vilket Förbundsrepubliken Tysklands grundlag gäller,
   med avseende på Konungariket Sverige dess territorium;
2. "medborgare"
   med avseende på Förbundsrepubliken Tyskland en tysk i den för Förbundsrepubliken Tyskland gällande grundlagens mening,
   med avseende på Konungariket Sverige en person med svenskt medborgarskap;
3. "lagstiftning"
   lagar, förordningar, kungörelser och andra allmänna rättsföreskrifter rörande de i artikel 2 mom. 1 angivna grenarna av social trygghet;
4. "behörig myndighet"
   med avseende på Förbundsrepubliken Tyskland, förbundsministern för arbete och sociala frågor,
   med avseende på Konungariket Sverige, regeringen eller den myndighet regeringen bestämmer;
5. "försäkringsorgan"
   med avseende på Förbundsrepubliken Tyskland, förbundsanstalten för arbetsfrågor,
   med avseende på Konungariket Sverige
   — vad angår arbetslöshetsförsäkringen, arbetsmarknadsstyrelsen och de erkända arbetslöshetskassorna
   — vad angår arbetslöshetsstödet, arbetsmarknadsstyrelsen och dess regionala organ (länsarbetsnämnder);

6. „Beschäftigung"
   eine Beschäftigung oder Tätigkeit im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;
7. „Arbeitslosengeld"
   die nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dem der Leistungsanspruch geltend gemacht wird, an Arbeitslose zu gewährende Leistung der Arbeitslosenversicherung;
8. „Arbeitslosenhilfe"
   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland die nicht auf Beiträgen beruhende Leistung für den Fall der Arbeitslosigkeit (Arbeitslosenhilfe),
   in bezug auf das Königreich Schweden die nicht auf Beiträgen beruhende Leistung für den Fall der Arbeitslosigkeit (sogenannte bare Arbeitsmarktunterstützung).

Artikel 2

Sachlicher Geltungsbereich

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, bezieht es sich

1. auf die deutschen Rechtsvorschriften über die Arbeitslosenversicherung und über die Arbeitslosenhilfe,
2. auf die schwedischen Rechtsvorschriften über die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitslosenhilfe (sogenannte bare Arbeitsmarktunterstützung).

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens finden die Rechtsvorschriften keine Anwendung, die sich für einen Vertragsstaat aus anderen zwischenstaatlichen Verträgen oder aus überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen.

Artikel 3

Persönlicher Geltungsbereich

G l e i c h b e h a n d l u n g

(1) Dieses Abkommen gilt, soweit im folgenden nichts anderes bestimmt ist,

in bezug auf die Arbeitslosenversicherung für alle Personen, die den in Artikel 2 genannten Rechtsvorschriften unterliegen, und zwar ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit,

in bezug auf die Arbeitslosenhilfe für Staatsangehörige der Vertragsstaaten.

(2) Soweit das Abkommen nach Absatz 1 oder nach den Bestimmungen des Abschnitts II nur auf die Staatsangehörigen der beiden Vertragsstaaten anzuwenden ist, stehen diesen gleich:

a) Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 zu diesem Abkommen,
b) Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen,

soweit sie im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.

(3) Die Personen, für die dieses Abkommen nach den Absätzen 1 und 2 gilt, sind in ihren Rechten und Pflichten aus den in Artikel 2 genannten Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten einander gleichgestellt, soweit nicht in Artikel 24 etwas anderes bestimmt ist.

Artikel 4

Wirkung von Einkünften oder Beschäftigungsverhältnissen auf die Beitragspflicht und auf Leistungen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates

Soweit nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates eine Leistung aus der Sozialen Sicherheit

6. "sysselsättning"
   en sysselsättning eller verksamhet enligt den tillämpliga lagstiftningen;
7. "arbetslöshetsersättning"
   den ersättning ur arbetslöshetsförsäkringen som tillkommer arbetslös enligt lagstiftningen i den fördragsslutande stat i vilken ersättningsanspråket reses;
8. "arbetslöshetsstöd"
   med avseende på Förbundsrepubliken Tyskland, den av avgifter oberoende ersättningen vid arbetslöshet (s. k. arbetslöshetshjälp),
   med avseende på Konungariket Sverige, den av avgifter oberoende ersättningen vid arbetslöshet (kontant arbetsmarknadsstöd).

Artikel 2

Sakligt tillämpningsområde

1. Konventionen är, i den mån ej annat däri föreskrives, tillämplig på

1) den tyska lagstiftningen rörande arbetslöshetsförsäkring och arbetslöshetshjälp;
2) den svenska lagstiftningen rörande arbetslöshetsförsäkring och arbetslöshetsstöd (kontant arbetsmarknadsstöd).

2. Vid denna konventions tillämpning beaktas icke sådan lagstiftning i fördragsslutande stat, som följer av annan mellanstatlig överenskommelse eller av överstatlig rätt eller som avser tillämpningen av sådan överenskommelse eller rätt.

Artikel 3

Personligt tillämpningsområde

L i k a b e h a n d l i n g

1. Konventionen omfattar, om i det följande ej annat sägs,

vad angår arbetslöshetsförsäkringen, envar som är underkastad den i artikel 2 angivna lagstiftningen oavsett medborgarskap,

vad angår arbetslöshetsstödet, de fördragsslutande staternas medborgare.

2. I den mån konventionen enligt mom. 1 eller bestämmelserna i avdelning II är tillämplig endast på de fördragsslutande staternas medborgare, skall med sådana medborgare jämställas

a) flyktingar enligt artikel 1 i konventionen den 28 juli 1951 angående flyktingars rättsliga ställning samt protokollet den 31 januari 1967 till nämnda konvention,
b) statslösa enligt artikel 1 i konventionen den 28 september 1954 angående statslösa personers rättsliga ställning,

allt under förutsättning, att de har sitt hemvist inom den fördragsslutande statens territorium.

3. De personer som enligt mom. 1 och 2 omfattas av konventionen skall vara likställda i fråga om rättigheter och skyldigheter enligt de fördragsslutande staternas i artikel 2 angivna lagstiftning, om ej annat föreskrivs i artikel 24.

Artikel 4

Verkan av inkomster eller sysselsättningsförhållanden på avgiftsplikt och ersättning i den andra fördragsslutande staten

I den mån enligt lagstiftningen i den ena fördragsslutande staten en ersättning enligt sociallagstiftningen

oder Einkommen anderer Art oder eine Beschäftigung rechtliche Auswirkungen auf die Beitragspflicht oder Versicherungsberechtigung oder auf eine Leistung nach diesem Abkommen hat, kommt die gleiche Wirkung auch gleichartigen Leistungen und gleichartigen Einkommen aus dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates und einer gleichartigen Beschäftigung im anderen Vertragsstaat zu.

eller annan inkomst eller viss sysselsättning har rättsverkan på avgiftsplikten eller rätten till försäkring eller ersättning enligt denna konvention, skall samma verkan tillkomma även liknande ersättning och liknande inkomster från den andra fördragsslutande staten samt liknande sysselsättning i denna stat.

Artikel 5
Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften

(1) Soweit Absatz 2 nichts anderes bestimmt, richten sich die Versicherungsberechtigung und die Beitragspflicht nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet der Erwerbstätige beschäftigt ist, und zwar auch, wenn sich der Arbeitgeber im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

(2) Werden nach den Artikeln 6 bis 8 und 10 des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden über Soziale Sicherheit in bezug auf die Versicherungspflicht nicht die Rechtsvorschriften angewandt, die am Beschäftigungsort gelten, sondern die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates, so sind auch im sachlichen Geltungsbereich des vorliegenden Abkommens die Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates anzuwenden.

(3) Dieses Abkommen berührt nicht die im Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen und im Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen enthaltenen Bestimmungen, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften beziehen.

Artikel 5
Tillämplig lagstiftning

1. Om ej annat föreskrivs i mom. 2, skall rätten till försäkring och avgiftsplikten bestämmas enligt lagstiftningen i den fördragsslutande stat inom vars territorium den förvärvsarbetande är sysselsatt, även om arbetsgivaren finns inom den andra fördragsslutande statens territorium.

2. Om enligt artikel 6—8 och 10 i konventionen om social trygghet mellan Förbundsrepubliken Tyskland och Konungariket Sverige i fråga om försäkringspliktig sysselsättning icke skall tillämpas den lagstiftning som gäller på sysselsättningsorten, utan i stället den andra fördragsslutande statens lagstiftning, så skall denna stats lagstiftning tillämpas även inom ramen för denna konventions sakliga tillämpningsområde.

3. Denna konvention berör icke de bestämmelser i Wienkonventionen om diplomatiska förbindelser och Wienkonventionen om konsulära förbindelser, som hänför sig till den i artikel 2 mom. 1 angivna lagstiftningen.

Abschnitt II
Leistungsrecht

1. Allgemeines

Artikel 6

Für den Leistungsanspruch und das Verfahren gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet der Anspruch geltend gemacht wird, soweit nicht in diesem Abschnitt Abweichendes bestimmt ist.

2. Arbeitslosenversicherung

Artikel 7
Zusammenrechnung der in den Vertragsstaaten zurückgelegten Zeiten

(1) Bei der Feststellung des Leistungsanspruchs werden

a) in der Bundesrepublik Deutschland Zeiten, in denen der Arbeitslose Mitglied einer schwedischen Arbeitslosenkasse und im Königreich Schweden beschäftigt war, als Zeiten einer beitragspflichtigen Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland behandelt;

b) im Königreich Schweden Zeiten einer beitragspflichtigen Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland als Zeiten behandelt, in denen der Arbeitslose Mitglied einer schwedischen Arbeitslosenkasse und im Königreich Schweden beschäftigt war;

c) sofern es sich um einen Staatsangehörigen eines der Vertragsstaaten handelt, auch Mitgliedschafts- und Beschäftigungszeiten und Zeiten einer beitragspflichtigen Beschäftigung berücksichtigt, die bei ihm auf Grund zwischenstaatlicher Verträge oder des Rechts der Europäischen Gemeinschaften im anderen Vertragsstaat zu berücksichtigen sind.

Avdelning II
Ersättningsrätt

1. Allmänt

Artikel 6

I fråga om ersättningsanspråk och förfarandet tillämpas lagstiftningen i den fördragsslutande stat inom vars territorium anspråket reses, om icke annat föreskrivs i denna avdelning.

2. Arbetslöshetsförsäkring

Artikel 7
Sammanräkning av i de fördragsslutande staterna tillgodoräkningsbara tider

1. Vid fastställande av ersättningsanspråket skall

a) i Förbundsrepubliken Tyskland den tid under vilken den arbetslöse varit medlem i svensk arbetslöshetskassa och varit sysselsatt i Konungariket Sverige anses som tid varunder avgiftspliktig sysselsättning utförts i Förbundsrepubliken Tyskland;

b) i Konungariket Sverige tid varunder en avgiftspliktig sysselsättning utförts i Förbundsrepubliken Tyskland anses som tid under vilken den arbetslöse varit medlem i svensk arbetslöshetskassa och varit sysselsatt i Konungariket Sverige;

c) vad gäller medborgare i någon av de fördragsslutande staterna, beaktas även sådana tider av medlemskap, sysselsättning samt av avgiftspliktig sysselsättning vilka i det enskilda fallet skall beaktas i den andra fördragsslutande staten på grund av mellanstatliga fördrag eller de Europeiska gemenskapernas rättsordning.

(2) Macht der Arbeitslose den Leistungsanspruch in der Bundesrepublik Deutschland geltend, so ist Absatz 1 nur anzuwenden, wenn der Arbeitslose

a) in der Bundesrepublik Deutschland nach der Aufenthaltsnahme eine mindestens vierwöchige nach den deutschen Rechtsvorschriften beitragspflichtige Beschäftigung ausgeübt hat oder

b) die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder

c) nach einer Zeit der Mitgliedschaft bei einer schwedischen Arbeitslosenkasse und der Beschäftigung im Königreich Schweden in die Bundesrepublik Deutschland zurückkehrt und seine letzte nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegte beitragspflichtige Beschäftigung nicht länger als zwölf Monate, gerechnet vom Tage der Antragstellung, zurückliegt.

(3) Macht der Arbeitslose den Leistungsanspruch im Königreich Schweden geltend, so ist Absatz 1 nur anzuwenden, wenn der Arbeitslose

a) im Königreich Schweden nach der Aufenthaltsnahme mindestens für vier Wochen Mitglied einer schwedischen Arbeitslosenkasse und im Königreich Schweden beschäftigt war oder

b) die schwedische Staatsangehörigkeit besitzt oder

c) nach einer nach den deutschen Rechtsvorschriften beitragspflichtigen Beschäftigung in das Königreich Schweden zurückkehrt und seine Mitgliedschaft bei einer schwedischen Arbeitslosenkasse und die Beschäftigung im Königreich Schweden nicht länger als zwölf Monate, gerechnet vom Tage der Antragstellung, zurückliegt.

(4) Zeiten, die nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates Mitgliedschafts- und Beschäftigungszeiten oder Zeiten einer beitragspflichtigen Beschäftigung gleichgestellt sind, werden auch im anderen Staate berücksichtigt, jedoch längstens für die Zeit, für die die Rechtsvorschriften dieses Staates die Berücksichtigung gleichgestellter Zeiten zulassen.

2. Reser den arbetslöse ersättningsanspråket i Förbundsrepubliken Tyskland, är mom. 1 tillämpligt endast om den arbetslöse,

a) sedan han inlett vistelsen i Förbundsrepubliken Tyskland, har utövat en enligt den tyska lagstiftningen avgiftspliktig sysselsättning under minst fyra veckor eller

b) är tysk medborgare eller

c) återvänder till Förbundsrepubliken Tyskland efter att ha varit medlem i svensk arbetslöshetskassa och varit sysselsatt i Konungariket Sverige samt hans senaste avgiftspliktiga sysselsättning enligt tysk lagstiftning icke ligger längre tillbaka i tiden än tolv månader, räknat från dagen för ansökan.

3. Reser den arbetslöse ersättningsanspråket i Konungariket Sverige, är mom. 1 tillämpligt endast om den arbetslöse,

a) sedan han inlett vistelsen i Konungariket Sverige, varit medlem i svensk arbetslöshetskassa och sysselsatt i Konungariket Sverige under minst fyra veckor eller

b) är svensk medborgare eller

c) återvänder till Konungariket Sverige efter att ha utövat en enligt tysk lagstiftning avgiftspliktig sysselsättning samt hans medlemskap i svensk arbetslöshetskassa och sysselsättning i Konungariket Sverige icke ligger längre tillbaka i tiden än tolv månader, räknat från dagen för ansökan.

4. Tider, som enligt lagstiftningen i en fördragsslutande stat jämställs med tider av medlemskap, och sysselsättning eller av avgiftspliktig sysselsättning, skall beaktas även i den andra staten, dock längst för tid för vilken denna stats lagstiftning medger tillgodoräkning av jämställda tider.

Artikel 8

Minderung der Anspruchsdauer

(1) Die Anspruchsdauer wird um die Zeiten gemindert, für die ein Träger des anderen Staates dem Arbeitslosen innerhalb der letzten zwölf Monate vor dem Tage der Antragstellung Arbeitslosengeld gewährt hat, es sei denn, daß der Arbeitslose nach dem Bezug dieser Leistung eine neue Anwartschaftszeit erfüllt hat.

(2) Ist der Leistungsanspruch vorübergehend oder dauernd versagt worden, so wirkt eine solche Maßnahme in gleicher Weise und für die gleiche Dauer auf den Anspruch des Arbeitslosen gegen den Träger im anderen Vertragsstaat.

Artikel 8

Minskning av ersättningstidens längd

1. Ersättningstidens längd skall minskas med den tid för vilken ett försäkringsorgan i den andra staten har beviljat den arbetslöse arbetslöshetsersättning under de tolv månaderna närmast före dagen för ansökan, dock ej i den mån som den arbetslöse efter uppbärande av denna ersättning har fullgjort en ny kvalifikationstid.

2. Har ersättning tillfälligt eller varaktigt vägrats, har en sådan åtgärd samma verkan under samma tid på anspråk som den arbetslöse reser mot försäkringsorgan i den andra fördragsslutande staten.

Artikel 9

Übersiedlung während des Leistungsbezuges

Übersiedelt ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaates während des Bezuges von Leistungen der Arbeitslosenversicherung in den anderen Vertragsstaat, so gewährt der Träger dieses Staates die Leistungen nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften, ohne zu prüfen, ob die Anwartschaftszeit auch nach diesen Rechtsvorschriften erfüllt wäre. Artikel 7 Absatz 2 Buchstaben b und c und Absatz 3 Buchstaben b und c sowie Artikel 8 sind anzuwenden.

Artikel 9

Flyttning under uppbärande av ersättning

Flyttar medborgare i den ena fördragsslutande staten under uppbärande av ersättning från arbetslöshetsförsäkringen till den andra fördragsslutande staten, skall försäkringsorganet i sistnämnda stat bevilja fortsatt ersättning enligt den för organet gällande lagstiftningen utan att pröva, om kvalifikationstiden fullgjorts även enligt dessa regler. Artikel 7 mom. 2 b) och c), mom. 3 b) och c) samt artikel 8 skall äga motsvarande tillämpning.

Artikel 10

Bemessung der Leistung

Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Höhe der Leistung von der Höhe des vorher er-

Artikel 10

Beräkning av ersättningen

I den mån enligt lagstiftningen i en fördragsslutande stat ersättningens storlek är beroende av tidigare er-

zielten Entgelts oder von der Versicherung in einer bestimmten Leistungsklasse ab, so wird für die Zeit, in der der Arbeitnehmer nicht im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaates beschäftigt war, bei der Bemessung der Leistung das durchschnittliche tarifliche oder, wenn eine tarifliche Regelung nicht besteht, das ortsübliche Arbeitsentgelt einer vergleichbaren Beschäftigung am Wohnort oder die diesem üblicherweise entsprechende Leistungsklasse zugrunde gelegt.

hållen arbetslön eller av försäkring i viss ersättningsklass, skall ersättning för tid som arbetstagaren icke var sysselsatt inom denna stats territorium beräknas utifrån den genomsnittliga lönen enligt kollektivavtal eller, om sådant ej finns, den gängse arbetslönen i en jämförbar sysselsättning i bosättningsorten eller den ersättningsklass som normalt motsvarar denna.

Artikel 11

Erstattung von Beiträgen und Leistungen

Beiträge und Leistungen werden weder von den Vertragsstaaten noch von den Trägern einander erstattet.

Artikel 11

Gottgörelse av avgifter och ersättningar

Gottgörelse av avgifter och ersättningar skall ej äga rum mellan vare sig de fördragsslutande staterna eller försäkringsorganen.

3. Arbeitslosenhilfe

Artikel 12

(1) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates der Anspruch auf Arbeitslosenhilfe von der Zurücklegung einer Beschäftigungszeit im Inland ab, so wird eine im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates zurückgelegte Beschäftigungszeit wie eine im Inland zurückgelegte Beschäftigungszeit behandelt. Artikel 7 Absätze 2 und 3 sowie die Artikel 8 bis 11 gelten sinngemäß.

(2) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates der Anspruch auf Arbeitslosenhilfe davon ab, daß zuvor ein Anspruch auf Arbeitslosengeld bestanden hat und erschöpft ist, so wird ein Anspruch auf Arbeitslosengeld, der nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates bestanden hat und erschöpft ist, wie ein Anspruch behandelt, der im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaates bestanden hat und erschöpft ist. Artikel 7 Absätze 2 und 3 sowie die Artikel 8, 10 und 11 gelten sinngemäß.

3. Arbetslöshetsstöd

Artikel 12

1. I den mån enligt lagstiftningen i en fördragsslutande stat anspråk på arbetslöshetsstöd är beroende av att viss sysselsättning fullgjorts inom staten, skall en sysselsättning som fullgjorts i den andra fördragsslutande staten behandlas som om den fullgjorts inom staten. Artikel 7 mom. 2 och 3 samt artiklarna 8—11 skall äga motsvarande tillämpning.

2. I den mån enligt lagstiftningen i en fördragsslutande stat anspråk på arbetslöshetsstöd är beroende av att ett anspråk på arbetslöshetsersättning förut har bestått och uttömts, skall ett anspråk på arbetslöshetsersättning, vilket har bestått och uttömts enligt lagstiftningen i den andra fördragsslutande staten, behandlas som ett anspråk, vilket har bestått och uttömts i förstnämnda fördragsslutande stat. Artikel 7 mom. 2 och 3 samt artiklarna 8, 10 och 11 skall äga motsvarande tillämpning.

Abschnitt III

Verschiedene Bestimmungen

Amtshilfe und Rechtshilfe

Artikel 13

Allgemeine Amtshilfe

Die Träger, Verbände von Trägern, Behörden und Gerichte der Vertragsstaaten leisten einander bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens gegenseitige Hilfe, als wendeten sie die für sie geltenden Rechtsvorschriften an. Die Hilfe ist kostenlos.

Avdelning III

Övriga bestämmelser

Förvaltnings- och rättsbistånd

Artikel 13

Allmänt förvaltningsbistånd

De fördragsslutande staternas försäkringsorgan, sammanslutningar av försäkringsorgan, myndigheter och domstolar skall vid tillämpningen av den lagstiftning som anges i artikel 2 mom. 1 och av denna konvention lämna varandra ömsesidigt bistånd på samma sätt som vid tillämpning av den för dem gällande lagstiftningen. Biståndet lämnas kostnadsfritt.

Artikel 14

Gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und Urkunden

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Urkunden der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaates über Beiträge und sonstige Forderungen im Geltungsbereich dieses Abkommens werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaates widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

Artikel 14

Ömsesidighet i fråga om erkännande och verkställighet av domar och beslut

1. Av en fördragsslutande stats domstolar meddelade verkställbara domar liksom även av en fördragsslutande stats försäkringsorgan eller myndigheter meddelade verkställbara beslut om avgifter och andra fordringar inom ramen för konventionens tillämpningsområde erkännes i den andra fördragsslutande staten.

2. Erkännande får vägras endast om det strider mot den allmänna ordningen i den fördragsslutande stat där domen eller beslutet åberopas.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Staat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muß mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

(4) Forderungen von Trägern im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates aus Beitragsrückständen haben bei der Zwangsvollstreckung sowie im Konkurs- und Vergleichsverfahren im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates die gleichen Vorrechte wie entsprechende Forderungen im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaates.

(5) Sonstige Forderungen im Sinne des Absatzes 1 sind auch die in Artikel 20 bezeichneten Ersatzansprüche.

Artikel 15

Steuer-, Gebühren- und Legalisationsbefreiung

(1) Die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern oder Gebühren einschließlich Konsulargebühren und Verwaltungsabgaben für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, erstreckt sich auch auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden, die in Anwendung dieses Abkommens oder der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates vorzulegen sind.

(2) Urkunden, die in Anwendung dieses Abkommens oder der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vorzulegen sind, bedürfen zur Verwendung gegenüber Stellen des anderen Vertragsstaates keiner Legalisation oder einer anderen ähnlichen Förmlichkeit.

Artikel 16

Verfahren im Verkehr der Behörden, Gerichte und Träger

Die in Artikel 13 genannten Stellen können bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern in ihren Sprachen verkehren. Rechtsvorschriften über die Zuziehung von Dolmetschern bleiben unberührt. Urteile, Bescheide oder sonstige Schriftstücke können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufhält, unmittelbar durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden.

Artikel 17

Fristwahrung

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei einer Stelle im anderen Vertragsstaat gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem zuständigen Träger gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen und Rechtsbehelfe entsprechend.

(2) Die Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe sind von der Stelle des einen Vertragsstaates, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an die zuständige Stelle des anderen Vertragsstaates weiterzuleiten.

3. Enligt mom. 1 erkända verkställbara domar och beslut verkställes i den andra fördragsslutande staten. Härvid förfares i enlighet med vad som enligt lagstiftningen i den stat inom vars territorium verkställandet skall ske, gäller för verkställande av i denna stat meddelade motsvarande domar och beslut. Utskrift av domen eller beslutet måste förses med intyg om dess verkställbarhet (exigibilitetsklausul).

4. Har försäkringsorgan i en fördragsslutande stat fordran på oguldna avgifter, skall vid tvångsverkställighet, liksom även vid konkurs- och förlikningsförfarande i den andra staten sådan fordran ha samma förmånsrätt som en motsvarande fordran i denna stat.

5. Med övriga fordringar enligt mom. 1 förstås även i artikel 20 angivna ersättningsanspråk.

Artikel 15

Befrielse från skatt, avgifter och legalisering

1. I en fördragsslutande stats lagstiftning föreskriven befrielse från eller nedsättning av skatter eller avgifter, däri inbegripna konsulära och administrativa avgifter, för handlingar eller beslut, som skall företes i och för tillämpning av denna lagstiftning, utsträckes att omfatta även motsvarande handlingar och beslut som skall företes i och för tillämpningen av denna konvention eller av den i artikel 2 mom. 1 angivna lagstiftningen i den andra fördragsslutande staten.

2. Beslut, som skall företes i och för tillämpningen av denna konvention eller den i artikel 2 mom. 1 angivna lagstiftningen, behöver icke förses med äkthetsbevis eller underkastas någon annan liknande formalitet vid åberopande hos den andra fördragsslutande statens organ.

Artikel 16

Förfarandet vid kontakt mellan myndigheter, domstolar och försäkringsorgan

I artikel 13 avsedda organ kan vid tillämpningen av den i artikel 2 mom. 1 angivna lagstiftningen och av denna konvention träda i omedelbar förbindelse med varandra och med berörda personer och deras ombud på sitt språk. Lagstiftning om anlitande av tolk påverkas ej. Domar, beslut och andra handlingar kan direkt tillställas en person som uppehåller sig inom den andra fördragsslutande statens territorium i rekommenderad försändelse med mottagningsbevis.

Artikel 17

Iakttagande av laga tid

1. Har ansökan om ersättning enligt en fördragsslutande stats lagstiftning gjorts hos ett organ i den andra fördragsslutande staten, som är behörig att mottaga ansökan om en motsvarande ersättning enligt den för detta organ gällande lagstiftningen, betraktas ansökningen som gjord hos det behöriga försäkringsorganet. Vad nu sagts äger motsvarande tillämpning på andra ansökningar, förklaringar och besvärsskrifter.

2. Ansökningar, förklaringar och besvärsskrifter skall av det organ i den ena fördragsslutande staten, till vilket de ingivits, ofördröjligen vidarebefordras till den andra statens behöriga organ.

Artikel 18

Vertretungsbefugnis der berufskonsularischen Behörden

Die berufskonsularischen Behörden des einen Vertragsstaates im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates sind berechtigt, auf Antrag der Berechtigten die zur Sicherung und Erhaltung der Rechte der Staatsangehörigen des ersten Staates notwendigen Handlungen ohne Nachweis einer Vollmacht vorzunehmen. Sie können insbesondere bei den in Artikel 13 genannten Stellen im Interesse der Staatsangehörigen Anträge stellen, Erklärungen abgeben oder Rechtsbehelfe einbringen.

Durchführung und Auslegung des Abkommens

Artikel 19

Gegenseitige Unterrichtung — Verbindungsstellen

(1) Die zuständigen Behörden unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften.

(2) Das Abkommen wird von Verbindungsstellen durchgeführt. Diese sind

in der Bundesrepublik Deutschland

die Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg,

im Königreich Schweden

das Reichsamt für Arbeit (arbetsmarknadsstyrelsen).

Artikel 20

Schadenersatzansprüche gegen Dritte

Hat eine Person, die nach den in Artikel 2 genannten Rechtsvorschriften im Hoheitsgebiet des einen Vertragsstaates Leistungen für den Fall der Arbeitslosigkeit erhalten hat, nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates Anspruch auf Ersatz des durch Arbeitslosigkeit entstandenen Schadens gegen einen Dritten, so geht dieser Schadenersatzanspruch auf den verpflichteten Träger nach den für diesen geltenden Rechtsvorschriften über.

Artikel 21

Zahlungsverkehr — Währungsumrechnung

Geldleistungen können von einem Träger eines Vertragsstaates an eine Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufhält, in dessen Währung mit befreiender Wirkung erbracht werden. Im Verhältnis zwischen dem Träger und dem Berechtigten ist für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend, der bei der Übermittlung der Geldleistung zugrunde gelegt worden ist. Hat ein Träger an einen Träger des anderen Vertragsstaates Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des zweiten Vertragsstaates zu leisten. Hat ein Träger in den Fällen der Artikel 14 und 20 an einen Träger des anderen Vertragsstaates Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des ersten Vertragsstaates zu leisten.

Artikel 22

Erstattung von zu Unrecht gewährten Leistungen

(1) Hat der Träger eines Vertragsstaates Geldleistungen zu Unrecht gewährt, so kann der zu Unrecht gezahlte Betrag von der Nachzahlung oder einer laufenden Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zugunsten des Trägers einbehalten werden.

(2) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Anspruch auf eine Geldleistung für einen

Artikel 18

Rätt för yrkeskonsulära myndigheter att vara ombud

Den ena fördragsslutande statens yrkeskonsulära myndigheter i den andra fördragsslutande staten har rätt att utan företeende av fullmakt, på ersättningsberättigads begäran, vidtaga åtgärder som behövs för att trygga och vidmakthålla rättigheter för den förstnämnda statens medborgare. Särskilt kan de hos organ som avses i artikel 13 i medborgarnas intresse göra ansökningar, avge förklaringar och inlämna besvärsskrifter.

Konventionens tillämpning och tolkning

Artikel 19

Ömsesidiga underrättelser — förbindelseorgan

1. De behöriga myndigheterna skall underrätta varandra om ändringar i och utvidgningar av för dem gällande i artikel 2 angiven lagstiftning.

2. Tillämpningen av denna konvention ankommer på förbindelseorgan. Dessa är

i Förbundsrepubliken Tyskland

förbundsanstaltens för arbetsfrågor centralförvaltning, Nürnberg

i Konungariket Sverige

arbetsmarknadsstyrelsen.

Artikel 20

Skadeståndsanspråk mot tredje man

Om någon, som enligt den i artikel 2 nämnda lagstiftningen har erhållit ersättning i den ena fördragsslutande staten till följd av arbetslöshet, enligt den andra fördragsslutande statens lagstiftning har anspråk på ersättning mot tredje man på grund av den genom arbetslöshet uppkomna skadan, skall detta ersättningsanspråk gå över på det förpliktade försäkringsorganet enligt den för detta gällande lagstiftningen.

Artikel 21

Betalningssätt och valutaomräkning

Kontantersättning kan av en fördragsslutande stats försäkringsorgan med befriande verkan utges till en person, som uppehåller sig inom den andra fördragsslutande statens territorium, i denna stats valuta. I förhållandet mellan försäkringsorganet och den till ersättning berättigade gäller för omräkningen den dags kurs som lagts till grund för kontantersättningens överförande. Ett försäkringsorgans utbetalningar till ett försäkringsorgan i den andra fördragsslutande staten skall ske i den sistnämnda statens valuta. Ett försäkringsorgans utbetalningar till ett försäkringsorgan i den andra fördragsslutande staten i de fall som avses i artiklarna 14 och 20 skall ske i den förstnämnda statens valuta.

Artikel 22

Återgäldande av felaktigt beviljade ersättningar

1. Om försäkringsorgan i en fördragsslutande stat felaktigt har beviljat ersättning, kan det felaktigt betalda beloppet innehållas för försäkringsorganets räkning från efterföljande eller pågående utbetalning enligt den andra fördragsslutande statens lagstiftning.

2. Är någon enligt en fördragsslutande stats lagstiftning berättigad till kontantersättning för tid för vilken

Zeitraum, für den ihr oder ihren Angehörigen von einem Fürsorgeträger des anderen Vertragsstaates Leistungen gewährt worden sind, so ist diese Geldleistung auf Ersuchen und zugunsten des ersatzberechtigten Fürsorgeträgers einzubehalten, als sei dieser ein Fürsorgeträger mit dem Sitz im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaates.

han eller hans familjemedlemmar erhållit förmåner från ett socialhjälpsorgan i den andra fördragsslutande staten, skall denna kontantersättning på begäran av det ersättningsberättigade socialhjälpsorganet innehållas för dettas räkning som om detta organ var ett socialhjälpsorgan med säte inom den förstnämnda statens territorium.

Artikel 23

Schiedsklausel

(1) Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung des Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen beider Vertragsstaaten bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Präsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaates oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Ist auch der Vizepräsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaates oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht Staatsangehöriger eines Vertragsstaates ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit auf Grund der zwischen den Parteien bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitgliedes sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 23

Skiljedomsklausul

1. Tvister mellan de båda fördragsslutande staterna om konventionens tolkning eller tillämpning skall såvitt möjligt biläggas genom de behöriga myndigheterna.

2. Kan en tvist icke biläggas på detta sätt, hänskjutes den på begäran av en fördragsslutande stat till en skiljedomstol.

3. Skiljedomstol bildas för varje särskilt fall genom att var och en av de fördragsslutande staterna utser en medlem och dessa båda medlemmar enar sig om en medborgare i en tredje stat som ordförande, vilken utses av de båda fördragsslutande staternas regeringar. Medlemmarna utses inom två månader och ordföranden inom tre månader från det den ena fördragsslutande staten meddelat den andra att den ämnar underställa tvisten en skiljedomstol.

4. Om de i tredje stycket angivna fristerna icke iakttages, kan i brist på annan överenskommelse var och en av de fördragsslutande staterna hänvända sig till presidenten för den europeiska domstolen för mänskliga rättigheter med begäran om erforderliga personers utseende. Är presidenten medborgare i en av de fördragsslutande staterna eller är han av annan anledning förhindrad, skall personerna utses av vicepresidenten. Är även vicepresidenten medborgare i en av de fördragsslutande staterna eller är även han förhindrad, skall personerna utses av den till rangen därefter främste medlemmen av domstolen, som icke är medborgare i någon av de fördragsslutande staterna.

5. Skiljedomstolen träffar sitt avgörande genom majoritetsbeslut på grundval av föreliggande fördrag mellan parterna och allmän folkrätt. Dess beslut är bindande. Var och en av de fördragsslutande staterna bär kostnaderna för sin medlem och för sitt deltagande i förfarandet inför skiljedomstolen. Kostnaderna för ordföranden och övriga kostnader bärs av de fördragsslutande staterna till lika delar. Skiljedomstolen kan besluta om annan kostnadsreglering. I övrigt reglerar skiljedomstolen själv sitt förfarande.

Artikel 24

Berufung in die Organe der Träger und die Organe der Rechtsprechung

Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung der Sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.

Artikel 24

Utseende av ledamöter i försäkringsorgans styrelser och judiciella organ

En fördragsslutande stats lagstiftning om säkerställande av försäkrades och arbetsgivares medverkan i organ för försäkringsorgans och sammanslutningars självförvaltning och i den dömande verksamheten på den sociala trygghetens område berörs ej.

Abschnitt IV

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 25

Übergangsregelung

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Zahlung von Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

Avdelning IV

Övergångs- och slutbestämmelser

Artikel 25

Övergångsregler

1. Denna konvention grundar ingen rätt till ersättning för tid före dess ikraftträdande.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens werden auch die vor seinem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten gegebenen erheblichen Tatsachen berücksichtigt.

(3) Frühere Entscheidungen stehen der Anwendung des Abkommens nicht entgegen.

2. Vid denna konventions tillämpning beaktas även före ikraftträdandet inträffade omständigheter av betydelse enligt de fördragsslutande staternas lagstiftningar.

3. Tidigare avgöranden hindrar icke konventionens tillämpning.

Artikel 26

Berlin-Klausel

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Schweden innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 26

Berlin-klausul

Konventionen gäller även för Land Berlin, om icke Förbundsrepubliken Tysklands regering till Konungariket Sveriges regering avger motsatt förklaring inom tre månader efter konventionens ikraftträdande.

Artikel 27

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Stockholm ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 27

Ikraftträdande

1. Konventionen skall ratificeras; ratifikationsinstrumenten skall utväxlas snarast möjligt i Stockholm.

2. Konventionen träder i kraft på den första dagen i den andra månaden efter utgången av den månad under vilken ratifikationsinstrumenten utväxlats.

Artikel 28

Geltungsdauer

(1) Das Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres kündigen.

(2) Tritt das Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter.

Artikel 28

Giltighetstid

1. Konventionen ingås på obestämd tid. Envar fördragsslutande stat kan senast tre månader i förväg säga upp den till utgången av ett kalenderår.

2. Upphör konventionen att gälla till följd av uppsägning, skall dess bestämmelser alltjämt gälla för ersättningsanspråk som uppkommit dessförinnan.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am 28. Juni 1976 in zwei Urschriften, jede in deutscher und schwedischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

TILL BEKRÄFTELSE HÄRPÅ har undertecknade härtill av sina regeringar vederbörligen befullmäktigade ombud undertecknat denna konvention och försett den med sina sigill.

SOM SKEDDE i Bonn den 28 juni 1976 i två originalexemplar, vartdera på tyska och svenska språken, vilka båda texter äger lika vitsord.

Für die Bundesrepublik Deutschland
För Förbundsrepubliken Tyskland

Walter Arendt
Dr. Dreher

Für das Königreich Schweden
För Konungariket Sverige

Ingemund Bengtsson
Sven Backlund

Denkschrift zum Abkommen

Das Abkommen ergänzt die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden auf dem Gebiet der Sozialen Sicherheit bestehenden Regelungen. Es erweitert den Schutz für den Fall der Arbeitslosigkeit bei etwa 11 000 deutschen Arbeitnehmern in Schweden und 3 000 schwedischen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland. Die Notwendigkeit eines Abkommens wurde während der Rezession offenkundig, in der sich zeigte, daß die bestehenden innerstaatlichen, zwischenstaatlichen und überstaatlichen Regelungen Lücken lassen, die im Interesse der betroffenen Arbeitnehmer geschlossen werden sollten.

Das Abkommen verwirklicht folgende Ziele:

- Volle Gleichbehandlung deutscher und schwedischer Staatsangehöriger in der Arbeitslosenversicherung und in der Arbeitslosenhilfe.
- Erleichterte Leistungsgewährung im Falle der Arbeitslosigkeit durch Berücksichtigung von Versicherungs- und Beschäftigungszeiten, die in dem anderen Vertragsstaat und ggf. in Drittstaaten (insbesondere in Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft) zurückgelegt worden sind.
- Erleichterung der Rückkehr arbeitsloser Arbeitnehmer in ihr Heimatland durch Weitergewährung der dortigen Leistungen.

Zu den Vorschriften im einzelnen ist im wesentlichen folgendes zu bemerken:

Artikel 1 enthält internationaler Vertragspraxis entsprechend Begriffsbestimmungen.

Artikel 2 bestimmt den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens durch Angabe der innerstaatlichen Vorschriften, auf die es sich bezieht. Seine allgemein gehaltene Fassung stellt sicher, daß das Abkommen auch auf künftig in Kraft tretende einschlägige Rechtsvorschriften angewandt werden kann. Nach Artikel 2 Abs. 2 erfaßt der sachliche Geltungsbereich des Abkommens nicht Rechtsvorschriften aus zwischenstaatlichen Verträgen oder überstaatlichem Recht, die in einem der Vertragsstaaten gelten.

Artikel 3 Abs. 1 und 2 bestimmen den persönlichen Geltungsbereich des Abkommens. Auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung gilt das Abkommen grundsätzlich für alle Personen, die den Rechtsvorschriften eines der Vertragsstaaten unterworfen sind, also für die Staatsangehörigen der Vertragsstaaten, für Angehörige von Drittstaaten und für Staatenlose und Flüchtlinge. Auf dem Gebiet der Arbeitslosenhilfe ist der persönliche Geltungsbereich auf Staatsangehörige der Vertragsstaaten, Staatenlose und Flüchtlinge beschränkt.

Artikel 3 Abs. 3 bestimmt, daß, soweit der persönliche Geltungsbereich des Abkommens reicht, alle Personen einander gleichgestellt sind. Unberührt bleiben lediglich hiervon abweichende innerstaatliche Vorschriften über die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Versicherungsträger und der Rechtsprechung.

Nach **Artikel 4** sind gewisse rechtserhebliche Tatbestände aus dem Bereich des einen Vertragsstaates denen im Bereich des anderen Staates gleichgestellt.

Nach **Artikel 5** Abs. 1 und 2 sind grundsätzlich die Rechtsvorschriften des Beschäftigungsstaates anzuwenden, soweit nicht nach dem deutsch-schwedischen Abkommen über Soziale Sicherheit vom 27. Februar 1976 die Rechtsvorschriften des anderen Staates gelten. Diese Einschränkung dient der einheitlichen Rechtsanwendung. Artikel 5 Abs. 3 stellt klar, daß die multilateralen Regelungen für das Personal von diplomatischen und konsularischen Vertretungen vorgehen.

Die **Artikel 6 bis 12** enthalten Vorschriften über das Leistungsrecht.

Artikel 6 enthält den allgemeinen Grundsatz, daß für den Leistungsanspruch und das Verfahren das Recht des Vertragsstaates gilt, in dem der Leistungsanspruch geltend gemacht wird.

Die **Artikel 7 bis 11** behandeln die Arbeitslosenversicherung.

Nach **Artikel 7** werden unter bestimmten Voraussetzungen bei der Feststellung des Leistungsanspruchs auch Versicherungs-, Beschäftigungs- und gleichgestellte Zeiten, die der Arbeitnehmer im anderen Vertragsstaat verbracht hat, berücksichtigt. Bei Staatsangehörigen der Vertragsstaaten werden auch Zeiten berücksichtigt, die sie in bestimmten dritten Staaten zurückgelegt haben (z. B. Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft und nordische Staaten).

Artikel 8 regelt die Auswirkungen einer Leistungsgewährung und einer Leistungsversagung in dem einen Vertragsstaat auf die Leistungsgewährung in dem anderen Vertragsstaat.

Artikel 9 stellt sicher, daß Staatsangehörige der Vertragsstaaten, die während des Leistungsbezuges in den anderen Vertragsstaat übersiedeln, in diesem unter bestimmten Voraussetzungen Leistungen nach dortigem Recht beziehen können. Die Vorschrift soll arbeitslosen Arbeitnehmern die Rückkehr in ihr Heimatland erleichtern.

Artikel 10 bestimmt, daß für die Bemessung der Leistung ein fiktives Arbeitsentgelt heranzuziehen ist, wenn der Arbeitnehmer in dem maßgeblichen Zeitraum nicht im Hoheitsgebiet des zuständigen Staates beschäftigt war.

In **Artikel 11** verzichten beide Staaten auf die gegenseitige Erstattung von Beiträgen und Leistungen. Die Regelung geht davon aus, daß trotz der größe-

ren Zahl deutscher Arbeitnehmer in Schweden als schwedischer Arbeitnehmer in Deutschland die gegenseitigen Belastungen ausgeglichen sein dürften. Sie dient der Verwaltungsvereinfachung.

Artikel 12 enthält Vorschriften über die Arbeitslosenhilfe. Absatz 1 Satz 1 trägt dem Umstand Rechnung, daß nach dem schwedischen innerstaatlichen Recht anders als nach dem deutschen innerstaatlichen Recht ausländische Beschäftigungszeiten in der Arbeitslosenhilfe grundsätzlich nicht berücksichtigt werden und stellt die Gegenseitigkeit her. Absatz 2 Satz 1 enthält für die Anwendung der Vorschriften über die Anschlußarbeitslosenhilfe eine Gleichstellung von Tatbeständen. Im übrigen verweist die Vorschrift im wesentlichen auf die Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung.

Die **Artikel 13 bis 24** enthalten die auch sonst üblichen Regelungen zur Durchführung und Auslegung des Abkommens.

Die **Artikel 25 bis 28** bringen die üblichen Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Bn 712064 4. 77